

Altersvorsorge über Betriebsrenten und Direktversicherung

„Sie stehlen uns unsere Altersvorsorge!“

Mit dem Gesetz zur „Modernisierung“ der gesetzlichen Krankenversicherung (GMG) greift die Regierung nach der Altersvorsorge

Berufstätige, die auf Empfehlung der Regierung für ihr Alter vorsorgten, fühlen sich nicht nur abgezockt, sondern auch verhöhnt. Wer für ein eigenes Haus als Altersvorsorge 200.000 Euro in Direktversicherungen, Lebensversicherungen oder Betriebsrenten ansparte, muss davon satte 37.000 Euro an Sozialversicherungen abführen, sobald er das Rentenalter erreicht. **Das beschlossen unsere „Volksvertreter“.** Als „politisches Zugeständnis“ darf man die Summe verteilt auf zehn Jahre abzahlen.

Kein anderer Bürger in Deutschland oder Europa muss auf sein Erspartes Sozialbeiträge zahlen. Wer schlau war, hatte sich aus der Solidargemeinschaft ausgeklinkt und sein Geld zum Spekulieren mit Aktien oder Hedgefonds an Börsen verwendet. Hier konnte er seine Altersvorsorge mit Gewinnen meist oberhalb der Zehn-Prozent-Grenze vermehren und vor dem Zugriff gieriger Politiker sichern. Pervers: Den Rentnern nimmt man das Geld fürs eigene Haus, fördert aber gleichzeitig mit Milliarden von Steuergeldern den Wohnungsbau und lässt sich dafür auch noch als Wohltäter feiern.

Verantwortlich für die unsziale Abzocke der Rentner war die Regierung aus SPD/GRÜNEN unter Gerhard Schröder, allen voran seine Sozialministerin Ulla Schmidt (66), ehemalige Angehörige des Kommunistischen Bundes. 2004 griff sie einfach in bestehende Arbeitnehmerverträge ein, änderte rückwirkend die Bestimmungen von Altersversicherungen und Betriebsrenten und kürzte damit die Altersvorsorge von Millionen Rentnern.

Wohlgemerkt – die Kürzung betrifft nur Rentner, nicht Beamte oder Politiker mit ihren komfortablen Pensionen von 10.000 Euro/Monat aufwärts. Damit nicht genug: 2003 wurden Renten durch den „Riester-Faktor“ um 5 Prozent gekürzt, Zuzahlungen von 2 % erhoben, es gab mehrere Nullrunden bei der Renten Anpassung und durch eine „perverse-Null-Zinspolitik“ (FOCUS) werden den Rentnern auch noch die Zinsen ihres ersparten Vermögens „gestohlen“. Gleichzeitig erhöhten die Politiker ihre Diäten und damit auch ihre Pensionen um Beträge, die manche Bürger nicht einmal als monatliche Gesamrente erhalten. Ulla Schmidt selbst kassiert als „kleinen Nebenverdienst“ im Aufsichtsrat des Schweizer Pharmaunternehmens Siegfried-Holding-AG, der Philips GmbH und der K&S Sozialbau **über 200.000 Euro p.a.**

Die Abzocke der Rentner ist angeblich verfassungsgemäß

Schützenhilfe lassen sich Politiker und Krankenkassen vom Bundesverfassungsgericht geben. Angebliche Gründe für die Maßnahme:

1. Deckung der Finanzierungslücke
2. steigende Kosten durch medizinischen Fortschritt
3. die zunehmende Zahl älterer Menschen

Im umstrittenen Urteil verhöhnt das Gericht die deutschen Rentner:

“Rentner verursachen einen höheren Aufwand. Sie können daher verstärkt zur Finanzierung herangezogen werden. Die Belastung der Rentner ist verfassungsgemäß und nicht zu beanstanden”

„Die fatale Idee hatte Olaf Scholz, ehemaliger Juso-Vorsitzender der SPD“, sagt Franz Knieps (SPD), bis 2009 Abteilungsleiter im SPD-Ministerium von Ulla Schmidt. Dazu Lothar Binding MdB (SPD) in den **Stuttgarter-Nachrichten**: „Ich muss ehrlich zugeben, dass es damals keine andere Idee gab, um das Loch in der gesetzlichen Krankenkasse zu stopfen. Den Betriebsrentnern ist es unserer Ansicht nach gut gegangen, deshalb wurde das Modell gewählt“

Durch diese „Herrschaft des Unrechts“ (Vosgerau) rutschen deutsche Rentner zunehmend in die Altersarmut. Sie erhalten Renten nahe der Grundsicherung und weniger als Rentner in anderen **Ländern wie Österreich**. Über die Hälfte der Deutschen haben kein Wohneigentum, kein eigenes Haus, keine eigene Wohnung, ein Hauptgrund der **Altersarmut**. Deutschland steht hinter Griechenland und Bulgarien auf dem **vorletzten Platz**. Für die dramatisch steigenden Kosten von Migranten verlagert die Regierung hohe Beträge aus Rücklagen der Sozialsysteme, obwohl die meisten Zugewanderten gar nicht arbeitsfähig und illegal eingereist sind. Für die umstrittene „Willkommenskultur“ nimmt die Regierung Milliardenkredite auf, die zukünftige Generationen abzuzahlen haben. Gleichzeitig streicht man den Rentnern durch späteren Renteneintritt mehrere Jahre an Rentenanzahlungen, besteuert Renten und senkt das Rentenniveau. Die abgezockten Rentner schütteln den Kopf.



Ulla Schmidt (SPD) hat gut lachen: Selbst bestens versorgt - Rentner „abgezockt“



Olaf Scholz (SPD) hatte die fatale Idee



Sie alle haben geschworen:
„... dem Wohle des deutschen Volkes“

Antrag im Bundestag Oktober 2015 - Drucksache 18/6364

Thema: „Rente - gerechte Beiträge für Direktversicherungen“

Hilde Mattheis (SPD): „Wir können den Ärger der Bürger verstehen“.
Matthias Birkwald (Die Linke): „Erst angelockt, dann abgezockt. Das ist nicht sozial. So geht man nicht mit Menschen um“.

Maria Michalk (CDU/CSU): „Die Rückkehr zu der alten Regelung würde 2,6 Mrd. Euro bedeuten. Das Geld haben wir nicht für die Renten“.

Beschluss: Zu teuer. Man stimme gegen den Antrag.

Im Jahr darauf machten dieselben Politiker Milliardensummen für Flüchtlinge locker, die Deutschland noch nie gesehen hatten, zumeist nicht asylberechtigt und oft kriminell sind. Kosten: 50 Mrd. pro Jahr, Gesamtkosten: geschätzte 900 Milliarden Euro, schreibt die **Neue Zürcher**. An die EU in Brüssel überweist die Regierung jährlich rund 50 Mrd. Euro.

„Warum hassen unsere Politiker ihr eigenes Volk?“ fragt ein Blogger.



STERN: Raubzug Rente



Regierungs-Rentenreform: „Riesige Verarsche“ meint FOCUS-Money. Die SPD will die Rentner nicht entlasten. Stattdessen fordert Andrea Nahles (SPD) **3,5 Mrd. Euro für die „Bildung von Flüchtlingen“**, obwohl Deutschland hoch verschuldet ist und jährlich 40 Mrd. Zinsen für Kredite zahlt **FOCUS/BZ**



Dazu CDU-Gesundheitsexperte Jens Spahn (CDU):
"Viele Krankenkassen schwimmen doch im Geld".

BILD bestätigt:

„Krankenkassen schwimmen in unserem Geld“



Horst Seehofer (CSU):

„Generationengerechtigkeit besteht im Moment darin, die Älteren zu schröpfen“. FOCUS: „Wer spart und vorsorgt, wird geschröpft“.

DER SPIEGEL*

klärte die Beitragszahler über die Verwendung ihrer Beiträge auf:



Andreas Köhler (52)
Vorzeitig im Ruhestand

„Andreas Köhler, Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, genehmigte sich 2011 eine jährliche Gehaltserhöhung von rund 90.000 Euro. Der Medizinfunktionär verdiente damit schätzungsweise 350.000 Euro im Jahr – etwa 100.000 Euro mehr als die Bundeskanzlerin. Dazu kommen besondere Zahlungen zur Altersvorsorge und die an seine Frau“ *04/2012

Wegen schwerer Vorwürfe der Untreue im Amt ging Köhler vorzeitig in den bestens bezahlten Ruhestand. Seitdem versorgen sich die Kassenchefs aber generell mit Monatsgehältern zwischen 16.000 bis 25.000 Euro. Ihren Mitgliedern kündigen sie gleichzeitig weitere Erhöhungen der Beiträge an.

Vielen Rentnern droht die Altersarmut

Die **Bilanz** der Merkel-Regierung seit 2006 ist verheerend. Viele Rentner leben in Armut oder werden zunehmend in die Altersarmut rutschen. Gleichzeitig wächst die Zahl superreicher Millionäre. Unternehmensgewinne und Steuereinnahmen sprudeln wie nie zuvor. Durch die steigende Zahl älterer Menschen und die angeblich „immer leeren Kassen“ werden Politiker aber weitere Gründe finden, um Renten und Altersvorsorge zu kürzen. Allein die explodierenden Beamtenpensionen stellen ein kaum lösbares finanzielles Problem dar. Hinzu kommt die Belastung der Sozialsysteme durch versicherungsfremde Leistungen, durch EU-Vorschriften, fragwürdige Millionenzahlungen an Empfänger im Ausland, an Migranten mit nachgezogenen Verwandten, Hartz-IV-Empfänger und Langzeitarbeitslose, die nicht in unsere Versicherungssysteme einzahlen oder mit ihren Beiträgen keine positive Bilanz bis zum Rentenalter erreichen.

Rentner Karl S.** kann es nicht glauben: „Das ist doch Aufgabe des Staates, solche Probleme zu lösen. Warum muss ich als Rentner zehn Jahre lang jeden Monat zusätzlich 300 Euro Sozialversicherung von meiner Altersvorsorge zahlen? Dafür habe ich doch nicht gespart.“

Über den **„Betrug an acht Millionen Rentnern“** berichtet der Verein der Direktversicherungsgeschädigten (<https://www.dvg-ev.org/>) und demonstriert mit Publikationen und Mahnwachen vor dem Reichstag in Berlin.